

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**
Generalsekretariat

FRAGEBOGEN

**Anhörung zur Teilrevision des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit
(Polizeigesetz, PolG)**

vom 21. Juni 2019 bis 30. September 2019

Name/Organisation	CVP Aargau
Kontaktperson	Michael Wetzel
Kontraktadresse	Laurenzenvorstadt 79
PLZ Ort	5000 Aarau
Telefon	079 218 08 25
E-Mail	michael.wetzel@grossrat.ag.ch

Einzureichen an (vorzugsweise elektronisch)

Departement Volkswirtschaft und Inneres
Generalsekretariat
Frey-Herosé-Strasse 12
5001 Aarau
E-Mail: dvi@ag.ch

Auskunftsperson während des Anhörungsverfahrens

Hans Peter Fricker, Generalsekretär, Departement Volkswirtschaft und Inneres (Tel. 062 835 15 33,
hans-peter.fricker@ag.ch)

Fragen zur Anhörung

1. Regelung des Bedrohungsmanagements

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Verbesserung der polizeilichen Handlungsinstrumente im Bereich des Bedrohungsmanagements	§ 3 Abs. 1 lit. m PoIG §§ 46a – 46e PoIG	Kap. 4.1 und 4.30
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

2. Regelung der polizeilichen Vorermittlung und Regelung der präventiven verdeckten Ermittlungstätigkeit

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Definition der polizeilichen Vorermittlung und Ausgestaltung der präventiven verdeckten Ermittlungstätigkeit	§ 28a PoIG §§ 35a – 35d PoIG	Kap. 4.12 und 4.19 – 4.22
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

3. Polizeigewahrsam

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Neuumschreibung der Tatbestände, bei welchen Polizeigewahrsam möglich ist; Möglichkeit der Verlängerung des Polizeigewahrsams in Ausnahmefällen	§§ 31 – 31a PolG	Kap. 4.13 und 4.14
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

4. Wegweisung und Fernhaltung

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Festlegung einer zulässigen Maximaldauer der Wegweisung und Fernhaltung; Möglichkeit, statt einer Wegweisung oder Fernhaltung ein bestimmtes Verhalten zu verbieten	§ 34 PolG	Kap. 4.17
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen: Die CVP begrüsst die Festlegung einer Maximaldauer. Diese ist auch für häusliche Gewalt auf max. 90 Tage anzusetzen. analog Kanton Zürich	

5. Kontakt- und Annäherungsverbot

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Möglichkeit, ein Kontakt- oder Annäherungsverbot auszusprechen, wenn eine Person einer anderen wiederholt nachstellt, sie belästigt oder bedroht	§ 34b PolG	Kap. 4.18
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

6. Optisch-elektronische Überwachung

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Möglichkeit der optisch-elektronischen Überwachung öffentlich zugänglicher Orte, an denen häufig Straftaten begangen worden sind oder an denen häufig mit Straftaten zu rechnen ist, durch die Kantonspolizei	§ 36a PolG	Kap. 4.23
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

7. Vermummungsverbot

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Erweiterung des Vermummungsverbots auf bewilligungspflichtige Versammlungen und Demonstrationen sowie sonstige Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund	§ 47 PolG	Kap. 4.31
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

8. Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Massnahmen und polizeilichen Zwang

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Massnahmen und polizeilichen Zwang mit einer Busse von bis zu Fr. 5'000.–	§ 47a PolG	Kap. 4.32
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

9. Neukonzeption des Rechtsschutzes

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Einführung eines direkten Beschwerdewegs an eine richterliche Behörde bei Wegweisungen und Fernhaltungen, bei Kontakt- und Annäherungsverboten sowie bei Polizeigewahrsam; Festlegung der Beschwerdeinstanz für Fahndungsmassnahmen sowie durchgeführte präventive Observationen, präventive verdeckte Fahndungen und Ermittlungen	§§ 48a – 48b PolG	Kap. 4.33
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe		

10. Ermöglichung des Datenaustauschs mit anderen Kantonen und Bundesbehörden

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Ermöglichung des Betriebs von Datenbearbeitungs- und Informationssystemen mit gemeinsamer Datenhaltung und des automatischen Austauschs polizeilicher Daten mit anderen Kantonen sowie Bundesbehörden zwecks Verhinderung und Erkennung von Serielikten	§ 51a PolG	Kap. 4.35
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe		

11. Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Ermöglichung der finanziellen Unterstützung von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen für bauliche oder technische Massnahmen zur Gewährleistung deren Sicherheit vor Terrorismus und gewalttätigem Extremismus	§ 61a PolG	Kap. 4.38
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

12. Neukonzeption des Ordnungsbussenverfahrens

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Neukonzeption des Ordnungsbussenverfahrens aufgrund der Anpassung der Ordnungsbussengesetzgebung des Bundes	§§ 38a – 38d EG StPO	Kap. 5.3.4
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

13. Weitere Bemerkungen?

Möchten Sie allgemeine oder ergänzende Bemerkungen oder Hinweise anbringen? (Für Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen verwenden Sie bitte die Bemerkungsspalte der Synopse zur Änderung des PolG. Die Synopse mit den Bemerkungen ist vorzugsweise per E-Mail an dvi@ag.ch oder per Post an die obige Adresse einzureichen.)

Terrorismusbekämpfung ist in der Schweiz primär Aufgabe des Bundes. Es gibt dazu den Nationalen Aktionsplan zu Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) sowie entsprechende gesetzliche Grundlagen.

Es ist in der weiteren Bearbeitung der Gesetzesrevision zu prüfen, inwieweit die kant. gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung von Terrorismus ausreichen.

Insbesondere folgende polizeilichen Massnahmen sollen der Kantonspolizei für diese Fälle zur Verfügung stehen:

Eingrenzung auf eine Liegenschaft/Hausarrest

elektronische Überwachung und Mobilfunklokalisierung